

# Wir arbeiten zu wenig? Ich fühle das nicht ...

Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages



Saskia Esken MdB

Warum wir Familie, Bildung und Erwerbsarbeit zusammen denken müssen: Immer deutlicher wird der wachsende Fach- und Arbeitskräftemangel zur Achillesferse der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Und auch eine verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge kommt an ihre Grenzen, wenn in Verwaltung, Bildung, Betreuung oder im ÖPNV offene Stellen nicht mehr besetzt werden können.

## Fachkräftemangel trifft auf ungenutztes Potenzial

Dabei ist der Arbeitsmarkt gespalten, und zwar in abhängiger wie in freiberuflicher und/oder selbstständiger Beschäftigung.

- Immer mehr Menschen arbeiten mehr als Vollzeit, um dem Bedarf ihrer Unternehmen gerecht zu werden. In abhängiger Beschäftigung werden in Deutschland pro Jahr 1,3 Milliarden Überstunden geleistet, die Hälfte davon unbezahlt. Auch in den Freien Berufen werden immer mehr Stunden gearbeitet, weil Fachkräfte fehlen.
- Gleichzeitig stecken viele Frauen als Mütter betreuungsbedürftiger Kinder oder als Töchter pflegebedürftiger Angehöriger über Jahrzehnte in der Teilzeitfalle, während der Aufwand ihrer familiären Care-Arbeit immer weiter anwächst. Das Aufkommen dieser unbezahlten Arbeit wird auf 117 Milliarden Stunden pro Jahr geschätzt und die Frauen übernehmen immer noch den Löwenanteil davon.

Insofern erscheint gerade den Frauen die Aussage unangemessen, dass »wir« zu wenig arbeiten. Und auch für die rund 60.000 jungen Menschen, die Jahr für Jahr unser Schulsystem ohne Abschluss verlassen und dann wenig Chancen auf eine berufliche Qualifikation haben, klingen die Reden über Fachkräftemangel und steuerfreie Mehrarbeit womöglich etwas hohl.

## Familie, Bildung und Erwerbsarbeit zusammen denken

Dabei wird der Druck auf den Arbeitsmarkt noch erheblich anwachsen, wenn in den nächsten Jahren die Boomer-Generation in Rente geht. Wenn wir die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Daseinsvorsorge aufrechterhalten wollen, dann ist es an der Zeit, Familie, Bildung und Erwerbsarbeit zusammen zu denken!

Erwerbstätigkeit und Mutterschaft – das darf sich nicht ausschließen! Insbesondere rund um die Geburt eines Kindes sol-



len deshalb auch Selbstständige den Schutz erfahren, den diese besondere Zeit braucht. Wir wollen deshalb den Mutterschutz für Selbstständige endlich auf den Weg bringen. Mit gesetzlichen Ansprüchen und flexiblen praktischen Hilfen.

Das Elterngeld ist für alle erwerbstätigen Eltern eine Chance, in den ersten Jahren Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Wir wollen das Elterngeld deshalb verbessern und so konzipieren, dass mehr Väter es in Anspruch nehmen.

## Gute Betreuung und Bildung als Schlüssel zur Vereinbarkeit

Eine gute und verlässliche frühkindliche Bildung und Betreuung ist wichtig für die Erwerbstätigkeit der Mütter ebenso wie für die gelingende Bildung und spätere Erwerbsbiografie der Kinder. Deshalb wird die Bundesregierung die Bundesländer mit einem Investitionsprogramm Kinderbetreuung in Höhe von 3,8 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur unterstützen. Und auch in die Kitaqualität wollen wir zwei Milliarden Euro jährlich einbringen.

Gemeinsam mit den Ländern arbeiten wir an der Einführung des Rechtsanspruchs auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026. Damit wollen wir verhindern, dass die Erwerbstätigkeit junger Mütter jäh abbricht, weil ihr Kind von einer Kita mit verlängerter Öffnungszeit und dreiwöchiger Schließzeit an eine Halbtagschule mit 13 Wochen Ferien übergeht.

Außerdem wollen wir das bewährte Kita-Qualitätsgesetz mit einem Qualitätsentwicklungsgesetz fortführen und Kinder mit besonderen Bedarfen und Nachteilen mit ganz gezielten Sprach- und anderen Förderangeboten unterstützen. Denn noch immer hängt in Deutschland der Bildungserfolg eines Kindes wie in kaum einem anderen Industrieland vom Elternhaus ab.

Auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist für Erwerbstätige sehr herausfordernd. Mit dem Pflegezeitgesetz und

dem Familienpflegezeitgesetz wurden bereits Erleichterungen für pflegende Angehörige eingeführt. Nun wollen wir die Gesetze zusammenführen, die Freistellungsansprüche flexibler gestalten und den Kreis der berechtigten Angehörigen erweitern.

Für den flächendeckend bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kita und Grundschule ebenso wie für den Ausbau der Pflege wird ein erheblicher Personalaufwuchs gebraucht. Doch gerade in den weiblich dominierten pädagogischen und pflegerischen Berufen ist der Fachkräftemangel schon heute besonders drängend.

## Ausbildung, Anerkennung und Zuwanderung stärken

Deshalb braucht es auch hier neue und innovative Konzepte für die verstärkte Ausbildung von pädagogischem und pflegerischem Personal. Dazu kommt die gezielte Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland sowie die erleichterte Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen pädagogischen und pflegerischen Kompetenzen und Qualifikationen.

Die frühkindliche Pädagogik mag als Beispiel dienen, dass und wie es vorangeht: Jedes Bundesland bietet mittlerweile mindestens ein durchgängig vergütetes Ausbildungsformat zur Erzieherin und zum Erzieher an (zum Beispiel PiA oder BbA). Die Bundesregierung will die »duale Ausbildung für Erzieherberufe unter Beibehaltung des anerkannten Qualifikationsrahmens« einführen beziehungsweise verstärken. Parallel dazu wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, die Anerkennungsfrist für ausländische Berufsabschlüsse in den einschlägigen pädagogischen Berufen deutlich zu verkürzen.

**Saskia Esken MdB (SPD)** ist Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages.